

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Wirtschaftspolitik

Johannes Callsen zu TOP 22: Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten weiter verbessern

„Ausbildung ist für Jugendliche Fundament und Sprungbrett zugleich“, mit diesen Worten würdigte Kreishandwerksmeister Hans Christian Langner bei der zentralen Einschreibungsfeier der Kreishandwerkerschaft Schleswig die Bedeutung von Ausbildung und Qualifizierung für die Jugendlichen. Diese Kernaussage kann auch ich an dieser Stelle nur unterstreichen und ich danke dem Wirtschaftsminister für den hohen politischen Stellenwert der betrieblichen Ausbildung in Schleswig-Holstein. Dies wurde nicht zuletzt im Bericht der Landesregierung zur betrieblichen Ausbildung im Oktober letzten Jahres deutlich.

Mitte Mai wurde das Bündnis für Ausbildung Schleswig-Holstein erneut beschlossen – übrigens unter Beteiligung von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Damit wurde eine zehnjährige Erfolgsgeschichte fortgeschrieben: Alle Beteiligten Land, Wirtschaft, Kammern, Arbeitsverwaltung und Gewerkschaften ziehen an einem Strang.

Dem Bündnis für Ausbildung und den Unternehmen ist es zu verdanken, dass Schleswig-Holstein in den letzten Jahren immer wieder Spitzenpositionen im Vergleich aller Bundesländer bei der Versorgung Jugendlicher mit Ausbildungsplätzen einnehmen konnte.

Insbesondere in den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistungen hat es ein Plus bei den Lehrverträgen gegeben und auch im Handwerk erreicht die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverträge ein konstant hohes Niveau. Einen Rückgang gab es leider bei den freien Berufen, weil offenbar nicht genug ausreichend qualifizierte Bewerber zu finden waren. Insgesamt ist diese Bilanz angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation, in denen sich unsere mittelständischen Betriebe befinden, eine hervorragende Leistung jedes einzelnen Betriebes.

Ein großer Dank gilt zugleich aber auch den Wirtschaftsverbänden und den Kammern, die gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und der Landesregierung große Überzeugungsarbeit geleistet haben, um das Bündnis für Ausbildung Schleswig-Holstein und den nationalen „Pakt für Ausbildung“ mit Leben zu erfüllen. So wurden im vergangenen Jahr alleine im Bereich der Industrie- und Handelskammern mehr

als 1.000 neue Ausbildungsbetriebe geworben. Die pauschale Kritik im Antrag der Grünen am Bündnis für Ausbildung kann daher so nicht stehen bleiben.

Meine Damen und Herren, auch die Nachvermittlungsaktionen für die Jugendlichen, die zunächst kein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot bekommen hatten, waren in den letzten Jahren erfolgreich: Durch die persönlichen Gespräche bei der Nachvermittlung konnte allen erschienenen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz oder eine Perspektive für eine berufliche Qualifizierung aufgezeigt werden. Ich setze darauf, dass dies auch in Zukunft so sein wird.

Was die Situation in diesem Jahr angeht, stellt uns die gestiegene Zahl der Schulabgänger vor eine besondere Herausforderung. So lag die Zahl der gemeldeten Bewerber bei den Arbeitsagenturen im Mai 10 Prozent über dem Vorjahr. Gleichzeitig stieg die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein um 2,5 %, in Westdeutschland ging sie um 4,5 % zurück – und nicht alle Unternehmen schalten bei der Azubi-Suche die Arbeitsagentur ein. Noch sind längst nicht alle Ausbildungsverträge bei den Kammern eingetragen, es gibt also bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres noch viel Bewegung auf dem Ausbildungsmarkt. Wir dürfen die Situation daher nicht unterschätzen, für reine Panikmache der Grünen besteht aber auch keine Veranlassung.

Übrigens hat die Bundesagentur für Arbeit mit einer Pressemitteilung am 9. Juni selbst dazu beigetragen, die Verwirrung in der Lehrstellendiskussion aufzuklären. Zurückgeführt wird die Verwirrung insbesondere darauf, dass die BA das alte Vermittlungssystem Compas durch das neue Verfahren Verbis abgelöst hat. In Verbis werden 25.000 Jugendliche, die bereits Zusagen für Alternativen (z. B. schulische Ausbildung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen oder Studium) haben, diese aber noch nicht begonnen haben, als „unversorgte“ Bewerber geführt. Dieser Effekt führt zu einer statistisch überhöhten Lehrstellenlücke. Aus der Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen lasse sich außerdem nicht schließen, dass das Ausbildungsengagement der Wirtschaft nachgelassen habe. So viel zur statistischen Situation.

Die Landesregierung hat mit dem Aktionsprogramm Ausbildung eine Grundlage gelegt, um die Förderung der bewährten Ausbildungsplatz-Akquisiteure fortzusetzen und Ausbildungszuschüsse für die betriebliche Ausbildung benachteiligter Jugendlicher zu gewähren. Auch die berufsbildenden Schulen werden zusätzliche Plätze bereitstellen. Qualifizierende Angebote zur Aufnahme einer Ausbildung sind ebenso Bestandteil des Programms.

Zu den Bemühungen im Rahmen des Bündnisses für Ausbildung gehört außerdem die intensive Werbung für Teilzeitausbildung sowie für neue und zweijährige Berufsausbildungen. In diesem und im letzten Jahr sind insgesamt neun Berufe neu geschaffen worden, mit denen zusätzliches Potential in der Ausbildung erschlossen wird.

Den Ausbildungsplatz-Akquisiteuren ist es im vergangenen Jahr gelungen, rund 2.000 Ausbildungsplätze einzuwerben sowie über 1.260 Plätze für Einstiegsqualifizierungen. Dies zeigt, dass die Landesförderung hier gut angelegtes Geld für die Jugendlichen ist.

Welche Bedeutung diese Einstiegsqualifizierungen haben, wird insbesondere daran deutlich, dass die Übernahmequote in Ausbildung im Bereich der IHK bei über 50 %,

im Handwerk sogar bei 75 % liegt. Auch die Agenturen für Arbeit tun alles, um Jugendlichen eine Perspektive für Ausbildung und Qualifizierung zu geben.

Bei der Gelegenheit gilt es auch, den zahlreichen örtlichen Initiativen für mehr Ausbildungsplätze Dank zu sagen sowie den Zeitungsverlagen im Lande für die publizistische Begleitung dieses wichtigen Themas. So bietet der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag im Rahmen seiner Aktion „Starthilfe 2006“ Jugendlichen die Möglichkeit, kostenlose Lehrstellenanzeigen zu schalten.

Verantwortung für die Ausbildung Jugendlicher tragen allerdings ebenso Schule und Elternhäuser. So ist die mangelnde Ausbildungsreife ein wesentlicher Grund für die schlechte Situation auf dem Lehrstellenmarkt, wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag nach einer Umfrage feststellt. Als Konsequenz fordert der DIHK die Verbesserung der schulischen Kenntnisse und der sozialen Kompetenzen der Lehrstellenbewerber. Am häufigsten klagen mit 66 % die Unternehmen darüber, dass die Lehrstellenbewerber sich weder schriftlich noch mündlich ausdrücken können. Der DIHK sieht hier eindeutige Parallelen zum Abschneiden deutscher Schüler in den internationalen PISA-Tests. Unzureichende Leistungsbereitschaft und zu geringe Motivation der Bewerber sind für immerhin 52 % der Betriebe ein Zeichen für mangelnde Ausbildungsreife von Jugendlichen. An diesem Punkt können die Eltern entscheidend mitwirken, um ihren Kindern gute Voraussetzungen für eine Ausbildung zu geben. Die IHK Schleswig-Holstein geht davon aus, dass durch mangelnde Ausbildungsreife jedes Jahr mehr als 500 Ausbildungsplätze in Schleswig-Holstein verloren gehen.

Die CDU-Fraktion unterstützt, dass die Landesregierung den Klagen der Betriebe über mangelnde Ausbildungsfähigkeit mit einem Landeskonzept zur Intensivierung der Zusammenarbeit Schule / Wirtschaft begegnet, in das die Bündnispartner einbezogen werden. Weitere Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Hauptschule hat das Bildungsministerium bereits auf den Weg gebracht, wie beispielsweise Leistungsnachweise in den neunten Klassen und die Erweiterung der Berufsorientierung.

Neben der mangelnden Ausbildungsreife führt 1/3 der befragten Unternehmen die Unsicherheit in Bezug auf die eigene wirtschaftliche Perspektive als kritischen Punkt ins Feld. Dieses zweitgrößte Ausbildungshemmnis ist aber laut DIHK im Vergleich zum Vorjahr auch wegen der besseren Konjunktur gesunken. Dies lässt auch mich optimistisch sein, dass die bessere wirtschaftliche Lage in Schleswig-Holstein noch Spuren auf dem Ausbildungsmarkt hinterlassen wird. Daher zum Abschluss ein Appell an unsere Unternehmen: Bitte unterstützen Sie unsere gemeinsamen Anstrengungen und nutzen Sie die besser gewordene Konjunkturlage, um zusätzliche Ausbildungsplätze einzurichten, die wir für die höhere Zahl der Schulabgänger dringend brauchen. Lassen Sie uns gemeinsam den Jugendlichen eine berufliche Perspektive geben.

Die Schaffung von Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten bleibt unsere gemeinsame Kernaufgabe in Schleswig-Holstein.